

Hans-Werner Brüning
Fraktion der Linkspartei.PDS

Aktuelle Debatte im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 9.3.2006 zum Thema Qualifizierung der Wirtschaftsförderung

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte,

wir haben bekanntlich einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, der zum Thema die ergebnisorientierte Ausrichtung der kommunalen Wirtschaftsförderung in der Landeshauptstadt Magdeburg hat. Im ersten Punkt ist dort angeregt worden, dass der Stadtrat den Oberbürgermeister zu einem Bericht über die Ergebnisse der seit dem Jahr 2001 erreichten Ergebnisse auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung zu beauftragt.

Ich glaube, mit dem Vortrag von Herrn Dr. Puchta, ist dieser Punkt nahezu abgearbeitet. Offen ist sicherlich, dass es noch viele Erwartungen und Fragen gibt, hinsichtlich der Effizienz, der Wirksamkeit und der Zielstrebigkeit, mit denen die Ziele verfolgt werden, die der Stadtrat für das sehr umfangreiche Gebiet der Wirtschaftsförderung beschlossen hat. Hier gibt es sicherlich auch sehr große Unterschiede in den Auffassungen, was hier gut und richtig ist bzw. was fehlerhaft und verbesserungsbedürftig wäre. Wir sind davon ausgegangen, dass der in vielen Jahren erarbeitete Kompromiss der kommunalen Wirtschaftsförderung in der Landeshauptstadt nicht in Frage gestellt wird. Ich gehöre zu denjenigen, die von Anfang an, darum gerungen haben, dass marktwirtschaftliche Entwicklungen auch mit marktwirtschaftlichen Mechanismen reguliert werden. So gut, wie das eben eine Kommune tun kann.

Bis zum Jahr 2000 ist diese Frage mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung sehr umstritten gewesen. Da haben wir uns viele Beine selbst gestellt, aber es ist der Beginn beispielsweise der Cluster der Kreislaufwirtschaft gewesen, des Befassens mit der Unterstützung der Magdeburger Unternehmen, mit strategischen Überlegungen, die in dieses System gemündet sind, dass wir seit 2001 verfolgen. Das ist dann relativ ruhig und zielstrebig verfolgt worden.

Wir haben aber ein Problem in der Landeshauptstadt Magdeburg, das nicht nur unseres ist. Alle erklären, dass Hauptziel der Wirtschaftsförderung ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir, die Mitglieder der Fraktion der Linkspartei.PDS, erklären hier, es geht um die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Die Landeshauptstadt hat seit 1990 etwa 60 000 Einwohnerinnen und Einwohner verloren und trotzdem haben wir es mit einer Arbeitslosigkeit, einer Arbeitslosenrate um die 20 Prozent schwankend zu tun. D. h. mit anderen Worten, all die Dinge die getan worden sind, haben noch nicht den Effekt erreicht, der eigentlich notwendig ist, damit Menschen hier in Magdeburg dauerhaft zu Hause sein können. Es gibt natürlich, die ca. 97 000 Beschäftigten, wobei es natürlich auch die Frage ist, das hat Herr Dr. Puchta deutlich gesagt, in welchen Bereichen sie tätig sind. Die Entwicklung der Wirtschaftsförderung muss unserer Meinung nach, vor allen Dingen die Unternehmungen in Magdeburg unterstützen, die im produzierenden Bereich tätig sind. Dienstleistungen sind von ihm abgeleitet. Und wenn wir Existenzgründungen und ähnliches,

was alles sehr löblich ist, hier fördern, dann geht es eben meistens um Dienstleistungen, während wir hier mehr sichere Arbeitsplätze in produzierenden Unternehmen brauchen.

Deshalb auch halten wir an den Clustern fest, wie sie entwickelt worden sind. Es handelt sich um Kreislaufwirtschaft/Recycling. Es handelt sich um innovativen Maschinenbau, das muss ich hier noch einmal deutlich unterstreichen, weil das genau die Nischen sind in denen wir uns bewegen *können*, und es handelt sich um die Gesundheitswirtschaft.

Unsere Frage ist jetzt an dieser Stelle, wie so sich die Verwaltung und auch einige aus dem Stadtrat so vehement dagegen wehren, dass wir hier ein viertes Cluster aufmachen. Nämlich uns zu beteiligen an dem Cluster Nahrungsgüterwirtschaft, das es im mitteldeutschen Raum durchaus gibt.

Wir wollen es nicht per Stadtratsbeschluss, das muss ich hier deutlich sagen, das wäre eine Kopfgeburt. Die Frage ist ganz einfach, dass es sich hier um die Bedürfnisse unserer Unternehmungen in der Stadt und in der Region handelt und dieses Cluster hätte etwas mit den Traditionen des Wirtschaftsstandortes Magdeburg zu tun und wäre innovativ dazu. Innovation in diesem Bereich würde uns also, bzw. den Unternehmen dieser Region, neue Marktchancen erschließen. Also insofern denken wir darüber nach, dass es an der Zeit ist, das, was wir hier 2002 gemeinsam beschlossen haben, einer kritischen Wertung zu unterziehen. Es geht nicht darum, die Strukturen, so wie sie entwickelt worden sind, wieder aufzuheben, sondern sie auf die heutigen und künftigen Erfordernisse einzustellen.

Beispiel: Wir haben es bei der Wirtschaftsförderung mit einem Bereich der freiwilligen Aufgaben der Kommune zu tun. Wenn wir uns Einnahmen und Ausgaben ansehen, dann geht es hier immer in eine Richtung. Wir haben Ausgaben.

Sicherlich werden auch die Einnahmen im Budget eingestellt, aber sie sind ja steuerfinanziert. Unsere Frage ist, ob es nicht an der Zeit ist, die GWM als marktwirtschaftliches Instrumentarium im Sinne eines Dienstleisters auszurichten, der nicht nur kostenfreie Unterstützung, Beratung usw. von Unternehmungen der Stadt und in der Region gewährt, sondern mehr und mehr auch solche Dienstleistungen auf die Tagesordnung setzt, die auch finanzielle Erträge bringen, die wiederum den Stadthaushalt entlasten.

Wir befinden uns in einer lang anhaltenden Konsolidierungsphase. Völlig klar. Und an dieser Stelle muss man einfach noch die Frage stellen, wenn wir uns diese Aufgabe nicht vornehmen, wie lange dann diese freiwillige Aufgabe auch noch durchzuhalten ist.

Bei uns gibt es unbedingt auch weitere Überlegungen und zwar in der Hinsicht, wie Herr Dr. Puchta es auch im Zusammenhang mit den Hebesätzen bei den Gewerbesteuern erklärt hat. Wenn wir und die Statistik ansehen, dann haben wir in den letzten Jahren beträchtliche Zuwächse. Ob sie denn aber auch realisiert bleiben oder nicht wieder, so zu sagen, zurückzugeben sind, weil die Ertragslage der Firmen eine andere Sprache sprechen, das steht noch aus. Das muss auch noch beantwortet werden.

Es ist in den Haushaltsberatungen niemand, aber auch niemand bereit, über die Senkung des Hebesatzes zu diskutieren. Wir wollen das ja nicht beschließen lassen, Herr Oberbürgermeister.

(Oh, Herr Franke ich begrüße Sie als neuen Partner an dieser Stelle.)

Nein, es geht ganz einfach darum, dass, wenn wir regional tätig sein wollen, auch uns der Region anpassen. Sicherlich auch das Umland an die Landeshauptstadt. Aber dass dort die Hebesätze so hoch geschraubt werden, wie das bei uns der Fall ist, das wird es nicht geben. Und in sofern haben wir auch in der Zukunft, wenn wir diese Aufgabe nicht lösen, weiterhin Probleme mit der Ansiedlung von Unternehmen in unseren Gewerbegebieten. Und da rede ich nicht mal über die Brachen in der Stadt, sondern über Rothensee, wo durchaus viele Millionen

investiert worden sind und uns noch mehr Ansiedlungen sicherlich allen gut zu Gesicht stehen würde.

An dieser Stelle bitten wir ganz einfach darüber auch nachzudenken, was wir hier tun können.

Ich schlage eine Diskussion vor, Herr Oberbürgermeister, wie wir von den 450 % Hebesatz wegkommen. An Hand eines Modells, das deutlich macht, wie sich mit einem geringeren Hebesatz, die Gewerbesteuererinnahme durch eine verbesserte Ansiedlung erhöhen würden. Da kann man Prognosen aufstellen und das wäre mal etwas anderes als das, was wir bisher an Studien von Kienbaum und ähnlichen erhalten haben. Was Neues.

Regionale Zusammenarbeit, sie ist unserer Auffassung nach, erst rudimentär entwickelt. D. h. es gibt hoffnungsvolle Ansätze. Gezwungenermaßen also auch durch das kommunale Neugliederungsgrundsatzgesetz, wonach Zweckverbände zur Zusammenarbeit geschaffen werden müssen. Wir begrüßen, die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Sülzetal, bemerkenswert ist auch, die gemeinsame Zusammenarbeit beim IGZ Barleben und an anderen Stellen. Das ist alles in Ordnung. Andererseits müsste auch benannt werden, wo es gegenläufige Entwicklungen gibt. Also, wir können beispielsweise überhaupt nicht nachvollziehen, dass in einer Region konkurrierende kommunale Unternehmen existieren, die auch noch mit öffentlichem Geld gefördert werden. Ich nenne hier nur ein Beispiel. Unsere Hafengesellschaft baut den Hafen aus, gleichzeitig fördert das Land den Hafenausbau bei Haldensleben. Beide Häfen sind natürlich an Umschlag interessiert und da gibt es Erscheinungen, die sind ist gerade toll.

Öffentliches Geld sollte dort eingesetzt werden, wo wir die besten Effekte erzielen. Und genau hier müsste meines Erachtens auch eine engere Zusammenarbeit mit den Fördergebern des Landes organisiert werden.

Da gibt es Mängel bei der Vergabe von Fördermitteln, die auch zu benennen wären. In dieser Richtung, dass Fördermittel nicht im ausreichenden Maße, bei den zu fördernden Unternehmen ankommen. Zu viel wird noch investiert in zusätzliche Strukturen und Bürokratie ausschließlich zur Vergabe von Fördermitteln, für Fördermittelbegründungen, Anträge und ähnliches. Hier denke ich, es ist notwendig mit Unternehmen auch über Fördermittelpolitik zu reden und eine gemeinsame Sprache zu finden. Das würde uns sicherlich bei der zielgerichteten Förderung von verkaufbaren Produkten weiter helfen.

Regional ein letzter Punkt, den ich hier unbedingt hier ansprechen möchte. Wir dürfen nicht nachlassen, in der Richtung der regionalen Sparkasse zu arbeiten. Die Sparkassen sind ja in den Kreisen, die unmittelbarsten mit den Menschen und Unternehmungen verbundenen Geldinstitute, die sehr viel dafür tun können, dass die Finanzprobleme der Unternehmen ein wenig gemildert werden. Ich sage mal so. Eine Regionalsparkasse mit einem größeren finanziellen Volumen könnte hier dazu beitragen, dass Finanzierungsprobleme von Unternehmungen behoben werden. Gegenwärtig haben wir es natürlich mit einer großen Finanznot der Unternehmungen zu tun. Ihre Sicherung von Aufträgen, Investitionen und ähnliches ist oftmals sehr abhängig von den Finanzierungsmöglichkeiten. Und die sind beschränkt. Das müsste eigentlich allen Kreisen, allen Kreistagen, allen Hauptverwaltungsbeamten einleuchten.

Also, an dieser Stelle setzen wir große Hoffnungen darauf vielleicht, dass man mit der Kreissparkasse Jerichower Land in neue Verhandlungen tritt und dann bei erfolgreichen Gesprächen, die nächsten Verhandlungen aufnimmt.

Ein Beschluss des Stadtrates, der seinerzeit nicht mitgeteilt worden ist, war nicht dienlich bei der Entwicklung dieses Gedankens der Regionalsparkasse, der ja durch den Stadtrat einstimmig beschlossen worden ist. Wir sollten den Mut nicht sinken lassen und in dieser Richtung weiter arbeiten.

Abschließend möchte ich noch, weil es vom Wirtschaftsministerium Avancen gibt, in Richtung einer Infrastruktur etwas sagen, die immer von CDU und Teilen der SPD als sehr wichtige wirtschaftsfördernde Maßnahme des Stadtrates bezeichnet worden ist - den Flugplatz Magdeburg-Süd.

Ich denke es ist überlegenswert, sich unter den gegebenen finanziellen Avancen, die aus dem Wirtschaftsministerium kommen, an einem Regionalflugplatz in Cochstedt zu beteiligen. Diese Frage sollte man offen diskutieren. Aber auf der anderen Seite, halte ich gerade bei der Entwicklung, die wir vollzogen mit dem Verkehrslandeplatz haben hin zu einem Flugplatz, der für gewerbliche Verkehre und Sportverkehre notwendig ist, überhaupt für undenkbar dessen Schließung in Erwägung zu ziehen. Wir sollten alles tun, das ist unser Plädoyer seit vielen Jahren, unseren Flugplatz in wirtschaftlichere Bereiche zu führen. Also, die verlorenen Zuschüsse können durchaus minimiert werden, wenn wir eine klare Aufgabenstellung verbinden mit der Idee, einer verbesserten Anbindung der Landeshauptstadt Magdeburg an den Luftraum in Cochstedt.

Das wäre eine infrastrukturelle Maßnahme, die durchaus diskutabel wäre. Ich schlage vor, dass wir hier offen darüber reden und es nichts auf dem Verwaltungswege irgendwie versanden lassen. Eine Chance sehe ich hier durchaus.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.